

Dossier Rechtschreibreform

Von der Zwischenstaatlichen Kommission zum Rat für deutsche Rechtschreibung - Hintergrund

Von Peter Müller, SDA

Die Rechtschreibreform hat ihre Wurzeln in der Auffassung von Sozialpädagogen, der Stellenwert der Orthographie sei übertrieben und erschwere oder verunmögliche bildungsfernen Schichten den Zutritt zu höherer Bildung. Besonders populär war diese Auffassung in der DDR, und es ist wohl kein Zufall, dass zahlreiche führende Reformer aus den neuen Bundesländern stammen, allesamt Befürworter der gemässigten Kleinschreibung. Sie brächte in der Tat eine Vereinfachung, erschwerte allerdings das Lesen; in welchem Ausmass – auch darüber scheiden sich die Geister. Die gemässigte Kleinschreibung oder noch radikalere Vorstellungen wie die Vereinheitlichung der Vokallängenbezeichnung (*Bot* statt *Boot* wie *er bot*) hatten aber nie eine Chance, realisiert zu werden.

Etikettenschwindel

Die Reform trat 1996 mit dem Anspruch an, die Regeln radikal zu vereinfachen und das Nachschlagen in Wörterbüchern praktisch unnötig zu machen. Um dies zu erreichen, mussten die bis dann geltende Unterscheidungsschreibung (*sitzen bleiben/sitzenbleiben, auseinander setzen/auseinandersetzen*) sowie längst in den Schreibgebrauch eingegangene Zusammenschreibungen (*kennenlernen, spaziergehen*) und Kleinschreibungen (*im voraus, des weiteren*) rein formalen Kriterien weichen (alle Fügungen mit Wörtern auf *-ig, -lich, -lich* oder steigerbaren Wörtern getrennt geschrieben, also *richtig stellen*, aber *klarstellen*, mit vorangehendem Artikel in der Regel gross, also *des Weiteren*, aber trotzdem: *die beiden*).

Die Regeln wurden neu numeriert, um die Vereinfachung zu veranschaulichen. In Wahrheit sind sie nicht weniger zahlreich geworden, sie wurden bloss neu gruppiert. Legendär ist die 1996 durch eine Ungeschicklichkeit bekanntgewordene interne Weisung des Duden-Chefs: „Die inhaltlich falsche, aber politisch wirksame Formel ‚aus 212 mach 112‘ muss auch im Duden ihren angemessenen Ausdruck finden.“

Radikal anders

Als die neue Rechtschreibung mit dem Erscheinen des Dudens 1996 erstmals in ihrer ganzen Auswirkung bekannt wurde, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Gängige Wörter wie *sogenannt, Handvoll, jedesmal* oder *eislaufen* sollten aus dem geschriebenen Wortschatz der deutschen Sprache gestrichen werden. Einige herausgepickte Wörter sollten mit *ä* statt *e* geschrieben werden (*Gämse, Stängel, Gräuel*). Die Rechtschreibung sollte sich den naiven Vorstellungen von Anfängern unterwerfen (*Tollpatsch* statt *Tolpatsch, Zierrat* statt *Zierat*, in der Silbentrennung mit dem erlaubten Auseinanderreissen von Zusammengehörendem: *hi-nauf, Chi-rurg*). Wendungen, die längst jahrzehntelang klein geschrieben wurden, sollten plötzlich wieder gross geschrieben werden (*im Allgemeinen, im Voraus*), angeregt eigenartigerweise von Befürwortern der gemässigten Kleinschreibung. Hohe Wellen warf in Deutschland zudem die Änderung der Regeln für die Eszett-Schreibung (*dass, muss*), die die nach bisher üblichen *s*-Regeln geschriebene Literatur mit einem Schlag alt aussehen liess.

Auf der Frankfurter Buchmesse im Oktober 1996 unterschrieben 450 Schriftsteller und Sprachwissenschaftler, Verleger und weitere Vertreter schreibender Berufe die „Frankfurter Erklärung“ für einen Stopp der Reform. Bis Ende Jahr unterschrieben fast 50'000 weitere Bürger die Erklärung. Die deutschsprachigen Länder setzten darauf hin im März 1997 als Antwort auf die Proteste eine Zwischenstaatliche Kommission ein und beauftragten sie, „soweit erforderlich Vorschläge zur Anpassung des Regelwerks zu erarbeiten“. Oberstes Ziel blieb „die Wahrung einer einheitlichen Rechtschreibung im deutschen Sprachraum“.

Behörden lehnen Korrekturen zunächst ab

Die Kommission sah bald ein, dass Korrekturen unumgänglich waren, sie wurden aber von den Behörden, in Deutschland der Kultusministerkonferenz (KMK), vorerst abgelehnt. Prof. Horst Haider Munske, ein ehemaliger Reformler, inzwischen aber engagierter Gegner der Reform, trat darauf unter Protest aus der Kommission aus. Er war zu der Einsicht gelangt, dass die Getrennt- und Zusammenschreibung „einer systematischen, vollständigen und zugleich vereinfachenden Regelung überhaupt nicht zugänglich ist“. Ihm tat es im März 1998 ein weiteres Mitglied, Prof. Peter Eisenberg, gleich. Sein Urteil hatte er zuvor noch schärfer formuliert: „Das Regelwerk ist sprachwissenschaftlich so schlecht, dass wir auf seiner Basis nie zu einer einheitlichen Schreibung zurückkehren können. Und hier können Sie sehen, dass das Regelwerk sprachwissenschaftlich auf den Müll gehört.“ (Sender Freies Berlin, 3.5.1997)

Darauf hin erhoben sich weitere Proteste. Im Mai 1998 riefen über 600 Sprach- und Literaturwissenschaftler, darunter die Schweizer Professoren Peter von Matt und Adolf Muschg, dazu auf, „eine derart fehlerhafte Regelung, die von den bedeutendsten Autoren und der grossen Mehrheit der Bevölkerung mit guten Gründen abgelehnt wird und die Einheit der Schriftsprache auf Jahrzehnte zerstören würde, keinesfalls für Schulen und Behörden verbindlich zu machen“. In allen Umfragen sprachen sich stets überwältigende Mehrheiten in der Bevölkerung für einen Abbruch der Reform aus.

Die Reform wurde trotzdem ungerührt ohne Korrekturen am 1. August 1998 in den Schulen eingeführt, mit einer Übergangsfrist bis zum 1. August 2005, in der auch die herkömmliche Rechtschreibung erlaubt war.

Heimliche Korrekturen

Die Nachrichtenagenturen führten die neue Rechtschreibung am 1. August 1999 in modifizierter Form ein. Sie stützten sich dabei auf eine von einem reichlich suggestiv formulierten Brief begleitete Umfrage bei den Zeitungen („die Umstellung auf die neue Rechtschreibung ist letztlich unvermeidlich – vor allem, weil die nachwachsende Lesergeneration anderenfalls den Printmedien verlorengehen könnte“). Nachdem das erwünschte Resultat zustande gekommen war und die Agenturen ihre Rechtschreibung unter Verweis auf die Zeitungen umgestellt hatten, verwiesen die Zeitungen ihrerseits auf die Agenturen, denen sie aus ökonomischen Gründen zu folgen hätten. Für die von der amtlichen Rechtschreibung abweichenden Schreibweisen publizierten die Agenturen eine zahlreiche Fehler enthaltende Liste. Bei einigen Schreibweisen gingen sie (ausser der SDA) weiter, als von der Reform gefordert (*quadrofon*, *allein Erziehende*, *aufs Beste*). In der Schweiz führte die NZZ eine eigene Hausorthographie ein, die viele der Neuregelungen, namentlich die ä-Schreibungen, nicht übernimmt.

2000 wurden vom Duden informell und eigentlich klammheimlich erste Korrekturen angebracht. Einige Fügungen mit Partizipien (*aufsehererregend*) waren als Variante plötzlich wieder zugelassen, weil sie bei Steigerung (*noch aufsehererregender*) nur zusammengeschrieben werden können, ebenso *hochbegabt*, *wohlschmeckend*, *dahinterkommen* u.a. Der gesetzliche Fachbegriff *schwerbehindert* musste nun wieder zusammen-, *jmdm. spinnefeind sein* wieder klein geschrieben werden. Dafür hatte man nun für *jmdm. Todfeind sein* plötzlich Grossschreibung vorgeschrieben! Ein Beispiel für die Slalomfahrt der Reform, die bis heute anhält.

Unbrauchbar für Schulen, Literatur und Recht

Die wenigen Verbesserungen waren natürlich in keiner Weise geeignet, die Kritiker zu besänftigen. Der Protest wurde im Gegenteil mit zunehmender Anwendung der neuen Rechtschreibung noch lauter, nachdem unter anderen die Lehrer feststellen mussten, dass sich die Anzahl der Fehler nicht verminderte, sondern im Gegenteil erhöhte (zum Beispiel aufgrund von Übergeneralisierungen, also falscher, übertriebener Getrennt- und Gross- oder ä-Schreibung wegen der entsprechenden Tendenz der Reform: *die Beiden*, *andern Orts*, *Jahrhunderte lang*, *Aufwändungen*). Die FAZ hatte genug von der ein Jahr lang folgsam angewendeten neuen Rechtschreibung, befand, so gehe es nicht weiter, und kehrte im August 2000 zur herkömmlichen zurück.

Im Oktober 2003 meldeten sich wieder die Schriftsteller gegen die „minderwertige Orthographie, die den präzisen sprachlichen Ausdruck erschwert“, zu Wort. Die Proteste der international bekannten Autoren zierten nun auch die Unterschriften der Nobelpreisträger Günter Grass und Elfriede Jelinek. Im November 2003 schrieben acht deutsche Akademien der Wissenschaften und der Künste an die Kultusminister der deutschen Bundesländer sowie an die zuständigen Ministerien Deutschlands, Österreichs und der Schweiz und wiederholten ihr Anliegen, nachdem es nicht beantwortet worden war, im Februar und Juni 2004, weiterhin erfolglos. Die alten Regeln hätten sich „vielfach als einfacher erwiesen denn die scheinbaren Vereinfachungen, die an ihre Stelle traten“. Sie schlugen als „zweitbeste Lösung“ vor, „vorläufig nur die offenkundigsten und unerträglichsten Mängel der Reformrechtschreibung abzustellen und als Kompromisslösung die neue s-Regel beizubehalten“. Die Akademien lobten den Kompromissvorschlag der Akademie für Deutsche Sprache und Dichtung als „eine wichtige Massnahme auf dem Weg zur Wiederherstellung einer einheitlichen deutschen Rechtschreibung. Doch verdienen ernsteste Beachtung auch jene Argumente, die die Rückkehr zu der im Duden von 1991 kodifizierten Orthographie für den einfacheren und sach-, nämlich sprachgemässeren Weg halten.“ Diese – nach Ansicht der Akademien – eigentlich beste Lösung wurde von ihnen aber offensichtlich als nicht mehr machbar eingestuft.

Im Februar 2004 wiesen 60 Rechtswissenschaftler, darunter die Schweizer Professoren Reto Hilty und Manfred Rehbinder, darauf hin, dass das Regelwerk neben den Hauptregeln 1106 Anwendungsbestimmungen in Form von Unterregeln, Spezifikationen, Kannbestimmungen, Bedingungen, Listen und Verweisen umfasse, die niemand beherrschen könne. In der Sorge, dass das Reformwerk für rechtlich relevante, „komplexe Texte geradezu unbrauchbar“ sei, riefen sie dazu auf, die Übung abzubereiten.

Unentschlossen

Die Behörden waren durch die Proteste nun immerhin reif für eine erste formelle Revision, die ja auch die Zwischenstaatliche Kommission von Beginn an wollte. Zur Überraschung vieler wurde in Wortverbindungen mit einem Partizip als zweitem

Bestandteil die Schreibung nun weitgehend freigegeben (*sogenannt, alleinstehend, naheliegend, wohldurchdacht*). Die Rechtschreibung näherte sich damit noch stärker einem Zustand, in dem sowohl die neue wie die herkömmliche Rechtschreibung gelten. Durch die Erweiterung der sogenannten Partikelnlite waren Wörter wie *darunterfallen, nebenhergehen* sogar wie früher nur noch zusammengeschieden richtig.

Auch dieser revidierten Reform gelang es jedoch nicht, widerspruchsfreie, einfache Regeln zu formulieren. Die Korrekturen brachten ausserdem eine riesige Zunahme an Varianten, weil bisherige Schreibungen in der Regel weiterhin gültig blieben. Varianten weichen aber die Einheitlichkeit der Rechtschreibung auf, deren Bewahrung das Hauptziel im Auftrag an die Reformer war. Und überhaupt: Sinn und Zweck jeder Rechtschreibung ist die Eindämmung von Varianten. Verlage und Zeitungen lehnen sie auch aus wirtschaftlichen Überlegungen ab: Varianten wirken wegen der nötigen Absprachen, Hausorthographien, Diskussionen kostentreibend und erschweren Recherchen mit Suchmaschinen.

Die Zeitungen des Springer-Verlags kündigten nun an, wie die FAZ zur herkömmlichen Rechtschreibung zurückzukehren, und vollzogen diesen Schritt im Herbst 2004. Spiegel und Süddeutsche Zeitung erwogen den gleichen Schritt, machten es dann aber doch nicht. Die Schriftsteller meldeten sich im Oktober 2004 wieder. Die „Argumente gegen diese staatliche Massnahme“ hätten sich „immer deutlicher bewahrheitet“. Sie appellierten abermals, „das Experiment Rechtschreibreform zu beenden“. Es zeigte sich, dass der ersehnte Rechtschreibfrieden weiterhin nicht zu erreichen war.

Der Rechtschreibrat tritt auf den Plan

Im Nationalrat reichte Kathy Riklin im September 2004 ein Postulat an den Bundesrat ein, die bisher möglichen Bedeutungsdifferenzierungen durch Zusammen- und Getrenntschreibung (*wohlvertraut/wohl vertraut*) müssten erhalten bleiben, das neue Regelwerk solle entsprechend geändert werden. Der Bundesrat schrieb in seiner Antwort im November 2004, er teile das Anliegen der Postulantin. Er werde sich „dafür einsetzen, dass diese Änderung abgeschlossen werde, bevor die Übergangsfrist am 31. Juli 2005 zu Ende“ gehe. Postulat und Bundesratsantwort tragen unverkennbar die Handschrift von Werner Hauck, im Auftrag des Bundesrates Mitglied der Zwischenstaatlichen Kommission.

„Strittig“ und „unstrittig“

Die KMK löste nun in Absprache mit der Schweiz und Österreich entnervt die Zwischenstaatliche Kommission auf, entliess sie ziemlich formlos und setzte statt dessen einen 36köpfigen Rat für deutsche Rechtschreibung ein, der die Kontrahenten endlich versöhnen sollte. (Der Rat wuchs später um drei Mitglieder aus dem Fürstentum Liechtenstein, aus Südtirol und Belgien auf 39 Köpfe an.) Zur Überprüfung auserkoren wurden die drei nach Ansicht der KMK einzig umstrittenen Bereiche der Rechtschreibung: die Getrennt- und Zusammenschreibung, die Zeichensetzung, die Worttrennung am Zeilenende und als Teilbereich der Laut-Buchstaben-Zuordnung die Fremdwortschreibung.

Die übrigen Teilbereiche der Laut-Buchstaben-Zuordnung (z.B. die ä-Schreibungen und die Dreibuchstabenregel wie *Schiffahrt*), die Bereiche Bindestrich-Schreibung (z.B. *20-jährig, das 10-Fache*) und Gross-/Kleinschreibung (*heute Abend, des Weiteren*) bezeichnete die KMK als unstrittig, mit Ausnahme einiger Einzelfälle, die ebenfalls überprüft werden sollten: die Höflichkeitsschreibung für *Du* in Briefen,

Recht haben, Pleite gehen/Bankrott gehen/Diät leben, jmdm. Freund/Feind sein, Not sein, Not tun, zu Eigen machen, jenseits von gut und böse, jmdm. Angst [und Bange] machen, feste Begriffe wie der Blaue Planet. Insbesondere die symbolträchtigste Neuregelung, die neue Eszett-Schreibung, sollte unter keinen Umständen mehr angerührt werden.

Die „unstrittigen“ Neuregelungen wurden an den Schulen verbindlich auf den 1. August 2005 eingeführt. Der Kanton Bern, die Konferenz der Staatsschreiber und in Deutschland die Bundesländer Bayern und Nordrhein-Westfalen verlängerten die Übergangsfrist jedoch, bis der Rat seine Arbeit an den übrigen Teilbereichen abgeschlossen habe.

Unter Zeitdruck

Im Rat sollten nun ausdrücklich auch Gegner der Reform Einsitz nehmen. Die Schweiz (9 Sitze) entsandte jedoch ungerührt ihre bisherigen Kommissionsmitglieder, dazu Vertreter der Autoren, Lehrer und Journalisten. Mit dem Vorsitz wurde der ehemalige bayerische Kultusminister Hans Zehetmair betraut. Der Katholik, damals Reformbefürworter, hatte einige Bekanntheit erlangt, als er 1996 in letzter Minute mit Entsetzen feststellte, dass der *heilige Vater* fortan klein geschrieben werden sollte, und die Einstampfung der bereits gedruckten Duden-Auflage erreichte.

Die Zusammensetzung des Rats mit einer weit überwiegenderen Anzahl von Reformern und das von den Schweizern verlangte Zweidrittelmehr bei Abstimmungen liessen nicht erwarten, dass grössere Abweichungen von der Reformschreibung möglich sind. Als einziger wirklicher und kompetenter Reformgegner nahm Prof. Theodor Ickler für den deutschen P.E.N. Einsitz. Eine pragmatisch-kritische Haltung nahmen Werner Hauck und Stephan Dové, Chefkorrektor der NZZ, ein.

Die KMK und die ebenfalls im Rat vertretenen Wörterbücher wollten unter allen Umständen ein Resultat vor dem Schuljahr 2006/2007 erreichen. Für den weitgehend aus Laien zusammengesetzten Rat war es unmöglich, in dieser Zeit das ganze Regelwerk oder auch nur die als strittig deklarierten Bereiche seriös zu überarbeiten.

Schritt zurück und Variantenflut

Der Rat profitierte immerhin davon, dass sein neues Mitglied Peter Eisenberg, unter Protest aus der ehemaligen Kommission ausgetreten und nun für die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung teilnehmend, für den Bereich Getrennt-/Zusammenschreibung ein fertiges Projekt aus der Schublade ziehen konnte. Dieses sah einen weiteren weitgehenden Rückbau zur herkömmlichen Rechtschreibung vor. Bedeutungsdifferenzierungen sollten nun, ganz im Sinne des Bundesrats, wieder möglich sein – teilweise sogar vorgeschrieben (ein *naheliegender* Gedanke) oder in übertriebenem Masse weit über den Sprachgebrauch hinausgehend (die Blumen *sprechenlassen*) –, in gewissen Fällen hat aber das Kriterium Betonung Vorrang (z.B. bei *auseinandersetzen*, das nun nur zusammengeschieden richtig war, vorher nur getrennt geschrieben, herkömmlich je nach Bedeutung). Die reformierten Varianten blieben aber auch diesmal in der Regel bestehen, so dass die Variantenflut weiter anschwell.

„Urin-stinkt“ weiterhin nicht verboten

Die Behandlung der Fremdwortschreibung fiel der Zeitnot zum Opfer. Der Rat bestätigte die Trennbarkeit von *st* und die Untrennbarkeit von *ck*, erlaubte die nach Silben mögliche Trennung (*hi-naus*, *Chi-rurg*) neben der morphologischen Trennung (*hin-aus*, *Chir-urg*) weiterhin, hob aber die unsinnige Möglichkeit der Abtrennung von Einzelbuchstaben auf (*E-sel*). Bei den vielzitierten missverständlichen Trennungen wie *Urin-stinkt* und *Anal-phabet* ändert sich, entgegen dem Eindruck, den der Vorsitzende des Rates immer wieder gab, gar nichts: sie sollen, wie schon immer, bloss vermieden werden, verboten sind sie aber auch weiterhin nicht.

In der Zeichensetzung müssen Infinitivgruppen, die mit *um*, *ohne*, *statt*, *anstatt*, *ausser*, *als* eingeleitet werden oder von einem Substantiv oder einem Verweiswort wie *es* abhängen, wieder mit Komma abgegrenzt werden: *Um den Vorgaben gerecht zu werden, haben wir begonnen[,] die neuen Regeln umzusetzen. Sein grösster Wunsch ist es, eine Familie zu gründen.*

Während für diese Bereiche die Form noch einigermaßen gewahrt und ein wenn auch zeitlich äusserst knappes Vernehmlassungsverfahren durchgeführt wurde, wurden die Einzelfälle der Gross-/Kleinschreibung angesichts des drohenden Termins vom 1. August 2006 nur noch durchgepeitscht. Auch das dem verabschiedeten Regelwerk folgende Wörterverzeichnis, das erst einen Überblick über die Auswirkungen der Regeln gibt, konnte der Rat aus Zeitnot nicht mehr begutachten. Die Wörterbücher Wahrig und Duden, die ihre neuen Ausgaben vor dem 1. August publizieren wollen, ergänzten die Regeln ohne Wissen des Rates mit Handreichungen.

Im Überlappungsbereich Getrennt-/Grossschreibung und bei den Einzelfällen kann *recht haben*, *behalten*, *bekommen*, *geben* (ebenso *unrecht*) auch klein geschrieben werden, *pleitegehen*, *bankrottgehen*, *nottun*, *leidtun* müssen klein und zusammengeschrieben werden, *Not sein* und *Diät leben*, *jmdm. Angst [und Bange] machen* bleiben unverändert. *Zu eigen machen*, *jmdm. freund/feind sein* werden auf Klein-, *jenseits von Gut und Böse* auf Grossschreibung geändert. Die Höflichkeitsgrossschreibung für *Du* in Briefen wird wieder erlaubt.

Bei den festen Begriffen wurden die Änderungen von 2004 weitgehend bestätigt (*der Blaue Planet*, *die Zweite Bundesliga*; *das grosse Los*, *die sieben Weltwunder*). In vielen Fällen wurde zusätzlich zur herkömmlich klein geschriebenen eine gross geschriebene Variante eingeführt (*gelbe/Gelbe Karte*, *grosse/Grosse Koalition*) bzw. die herkömmliche Grossschreibung auferstand als Variante (*das zweite/Zweite Gesicht*, *der weisse/Weisse Tod*). In vielen Fällen, die von Gross- auf Kleinschreibung geändert worden waren, wurde die Grossschreibung als Variante wieder möglich (*erste/Erste Hilfe*, *schwarzes/Schwarzes Brett*). Vereinzelt wurde zusätzlich zur herkömmlich gross geschriebenen eine klein geschriebene Variante eingeführt (*das Goldene/goldene Zeitalter*) bzw. die herkömmliche Kleinschreibung gab es als Variante wieder (*die Kleine/kleine Anfrage*). Auch Fälle, bei denen die Änderung ganz einfach rückgängig gemacht wurde, gab es (*das hohe Haus* wurde wieder zum *Hohen Haus*).

Im Januar 2006 machte die brandenburgische Wissenschaftsministerin Wanka, bis vor kurzem Präsidentin der Kultusministerkonferenz, in einem Spiegel-Interview ein überraschendes Eingeständnis: „Die Kultusminister wissen längst, dass die Rechtschreibreform falsch war. Aus Gründen der Staatsräson ist sie nicht zurückgenommen worden.“

Überstürztes Finale

Am 23. Februar 2006 trat Prof. Theodor Ickler unter Protest aus dem Rat aus. Er war nicht damit einverstanden, dass sich der Rat hinsichtlich Themenwahl und Zeitplan der KMK fügte und damit das entscheidende amtliche Wörterverzeichnis nicht einmal mehr zu Gesicht bekam. Die Neuregelung der Zusammen- und Getrennschreibung bezeichnete er als vollkommen gescheitert. Ickler übt durchaus auch Kritik an der herkömmlichen Rechtschreibung, genauer gesagt, an deren Regelung durch den Duden. Diese sei trotzdem ungleich besser als die neue und hätte nur von einigen Haarspaltereien befreit werden sollen.

Ende Februar übergab der Rat seine Empfehlungen der KMK, sie wurden kurz darauf von der KMK und Ende März auch von den Ministerpräsidenten formell akzeptiert. Der Springer-Verlag kündigte an, sich ab 1. August 2006 wieder an eine Reformschreibung halten zu wollen, voraussichtlich die vom Duden empfohlene. Die FAZ hingegen will weiter, bis mindestens Ende Jahr, abwarten.

In der Schweiz gründeten Urs Breitenstein (Schwabe Verlag/Buchhändlerverband), Filippo Leutenegger (Jean Frey), Robert Nef (Schweizer Monatshefte), Peter Müller (SDA), Stefan Stirnemann (Sprachkreis Deutsch), Rudolf Wachter (Universität Basel) und Peter Zbinden (Sprachkreis Deutsch) die Schweizer Orthographische Konferenz. Die Gesellschaft will die Einheitlichkeit der Rechtschreibung innerhalb der Presse und von Presse und Literatur in der Schweiz fördern. Die Jean Frey AG und der Sprachkreis Deutsch organisierten die erste Tagung am 1. Juni 2006. An ihr nahmen unter anderen die Weltwoche, die NZZ, das St. Galler Tagblatt, der Tages-Anzeiger, die Mittelland-Zeitung, der Walliser Bote, die Basellandschaftliche Zeitung und der Zürcher Oberländer, Verlage wie Diogenes, Nagel & Kimche und Schwabe sowie die Nachrichtenagenturen SDA, AP und Sportinformation teil, überdies die Bundeskanzlei und Vertreter aus Deutschland wie die FAZ sowie der Sprachwissenschaftler Horst Haider Munske (Erlangen).

Die Tagung verabschiedete den von der SDA eingebrachten Vorschlag, bei Varianten die herkömmliche zu verwenden. Sie setzte eine Arbeitsgruppe von Sprachwissenschaftlern und Praktikern ein, die Wörterlisten für Ausnahmefälle erstellen soll.

Die übrigen deutschsprachigen Nachrichtenagenturen übernahmen den Grundsatz, bei Varianten die herkömmliche verwenden, kurz darauf ebenfalls und glichen sich damit der SDA an. Die Agenturen, ohne die SDA, hatten allerdings zuvor schon angekündigt und bestätigten es nun, sich dabei an die Empfehlungen der Wörterbücher zu halten – im Falle des Dudens, der bei Varianten keineswegs überwiegend die herkömmliche empfiehlt, erweist sich das nun als Widerspruch.

Die KMK und der Ratsvorsitzende Zehetmair riefen nun sozusagen den Rechtschreibfrieden aus. Darauf meldeten sich noch einmal unmissverständlich die Schriftsteller zu Wort, diesmal die jungen, unter ihnen der Schweizer Lukas Bärfuss. Die Literatur werde sich „diesem vom Staat verordneten Rechtschreibfrieden nicht unterwerfen, um so weniger, als dessen Vorgaben die Intelligenz des Lesers“ beleidigten. Der Staat habe „selbst ohne Not eine Situation hergestellt, in der er sich von der überlegenen Orthographie der gewachsenen und vitalen Schriftkultur provoziert fühlen“ müsse. Die Literatur werde „ihm aus dieser Lage nicht heraushelfen und ihre Bücher weiter in der Schreibweise drucken lassen, die sie für richtig“ halte.

Das schweizerische Pendant der KMK, die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), zögerte mit der Verabschiedung der neuen Vorschläge. Man war verstimmt über die Gangart der Deutschen. Als diese die Empfehlungen des Rates akzeptierten, hatte

die EDK noch nicht einmal die entsprechenden Dokumente zur Hand. Ausserdem machte der Lehrerverband Druck, die Empfehlungen nicht zu übernehmen. Eine verunglückte Lösung sei zwar „von den übelsten Unfugkonstruktionen befreit“, gleichzeitig aber „durch einen wilden Einzelfall-Aktionismus systematisch verschlimmbessert“ worden. Der über die rüde deutsche Gesprächsführung im Rat verärgerte Lehrerverband riet sogar dazu, „die Rechtschreibreform fairerweise als gescheitert zu bezeichnen und die Pflege künftiger Rechtschreibung allenfalls nach französischem Vorbild zu regeln“, falls die empfohlenen Änderungen durchgingen. Die EDK machte noch einmal eine Vernehmlassungsrunde, winkte die Empfehlungen dann aber Ende Juni ebenfalls durch. Sie setzte die Übergangsfrist, während der die herkömmlichen und die neuesten (und auch die dazwischenliegenden) Schreibweisen gültig sind, auf drei Jahre fest (Deutschland ein Jahr, Österreich zwei Jahre).

Die Korrekturen der neuesten Revision gehen zwar in die richtige Richtung, es bleiben jedoch viele Ungereimtheiten bestehen, nach Ansicht von Sprachwissenschaftlern auch eindeutige grammatische Fehler. Der Vorsitzende des Rats stellte zwar in Aussicht, dass diese Teile auch noch in Angriff genommen werden sollen, es ist aber offensichtlich, dass der Elan nach der Publikation von Wahrig im Juni und Duden im Juli erlahmen wird. Besonders Duden feiert den Abschluss der Diskussion: die Rechtschreibreform könne nun „als abgeschlossen betrachtet werden“, es bestehe „endlich wieder Sicherheit“. Er irritiert die Rechtschreibgemeinde und insbesondere den Rat für deutsche Rechtschreibung aber nochmals, indem er in seiner neuesten Ausgabe bei Varianten erstmals eine ausdrücklich empfiehlt. Die Empfehlungen ignorieren nämlich in vielen Fällen die vom Rat mühsam zurückgeholten herkömmlichen Schreibweisen (*holzverarbeitend, selbsternannt, langgestreckt, in der Schule sitzenbleiben, freilebend, nichtsahnend*).

Der Vorsitzende Zehetmair äusserte in einem Interview mit der Welt am 29. Juli sein absolutes Unverständnis mit dem Vorgehen von Duden. Dieser versuche offensichtlich, sein früheres Monopol zurückzugewinnen und unterlaufe nun die Neuregelungen des Rats, insbesondere im Bereich der Getrennt- und Zusammenschreibung. Auch der Bundesrat, die Postulantin Kathy Riklin (deren Postulat auch die heutige Bundesrätin Doris Leuthard unterschrieben hatte) und insbesondere der im Rat für die Rückgewinnung der Differenzierungsmöglichkeiten kämpfende Werner Hauck müssen sich vom Duden düpiert vorkommen. Der ersehnte Rechtschreibfrieden rückt damit wieder in weite Ferne.